



Die Wiederherstellung europäischer Sicherheit

Vom Verwalten der Beziehungen zur
prinzipiengeleiteten Zusammenarbeit

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

**FES Regionalbüro für
Zusammenarbeit und
Frieden in Europa**

FES Regional Office for
Cooperation and Peace
in Europe



GLOBSEC
IDEAS SHAPING THE WORLD

FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und
Frieden in Europa (FES ROCPE)
Reichsratsstr. 13/5, A-1010 Wien
<https://www.fes-vienna.org/>

in Kooperation mit
GLOBSEC
Polus Tower II, Vajnorská 100/B, 831 04
Bratislava, Slowakei
<https://www.globsec.org/>

Diese Publikation ist Teil der Initiative für
kooperative Sicherheit
<https://www.cooperative-security-initiative.org/>

ISBN: 978-3-96250-867-8

Herausgeber: Walter Kemp, Reinhard Krumm
Cover Illustration: Daniel Seex
Infografiken: Florian Müller
Übersetzung, Lektorat: Claudia Fischer-Ballia

Die kommerzielle Nutzung aller von FES ROCPE
veröffentlichten Medien ist ohne die schriftliche
Zustimmung von FES ROCPE nicht gestattet.

Die in dieser Veröffentlichung geäußerten An-
sichten sind nicht unbedingt die von FES ROCPE
oder der Organisation, für die der Autor arbeitet.

Die Wiederherstellung europäischer Sicherheit: Vom Verwalten der Beziehungen zur prinzipiengeleiteten Zusammenarbeit

Herausgeber

Walter Kemp, Reinhard Krumm

Mitwirkende

Günther Bächler, Alexandra Dienes, Olivier de France,
Thomas Greminger, Anna Gussarova, Hiski Haukkala,
Andrey Kortunov, Łukasz Kulesa, Alexandra Martin,
Zachary Paikin, Yauheni Preiherman, Sonja Stojanović Gajic,
Fred Tanner, Nathalie Tocci, Tony van der Togt,
Simon Weiß, Julie Wilhelmsen



Inhalt

Einleitung	6
Infografik: Außer Kontrolle geraten?	10

Geschichte des Jetzt: Umgang mit dem Udenkbaren	12
Infografik: Eine Brücke in die Zukunft bauen	26

Plädoyer für kooperative Sicherheit	30
-------------------------------------	----

Agenda für prinzipiengeleitete Zusammenarbeit	36
---	----

Hintergrund und Methodik	41
19 Fragen & Antworten	44

Herausgeber & Mitwirkende	50
---------------------------	----

Einleitung

Wir sind besorgt über die Sicherheitslage in Europa. Statt Zusammenarbeit beobachten wir wachsende Aggressivität bis hin zu gewaltsamen Konflikten und statt gemeinsamer Lösungen wachsende Probleme und zunehmende Gefahren. Die Autoren kommen aus unterschiedlichen Bereichen und vertreten unterschiedliche Standpunkte, teilen jedoch die Ansicht, dass es Kooperation statt Konfrontation bedarf, um Probleme zu bewältigen und Beziehungen zu gestalten. Deshalb sind wir 2019 zusammengekommen und haben die Initiative für kooperative Sicherheit (Cooperative Security Initiative, kurz CSI) ins Leben gerufen.

Unser Ansatz war, mit Hilfe eines Fragebogens einen Nachdenkprozess darüber anzustoßen, warum Staaten im Sicherheitsbereich und im Umgang mit

modernen Bedrohungen und Herausforderungen wie Pandemien, Klimawandel, nuklearer Proliferation, grenzüberschreitender organisierter Kriminalität und großen Migrationsströmen zusammenarbeiten müssen. Des Weiteren haben wir eine Kampagne unter Zuhilfenahme von Videos und den Sozialen Medien entwickelt, um eine Debatte und kritisches Denken darüber anzuregen, inwiefern eine Zusammenarbeit im Interesse der Staaten liegt.

Bei den von uns konsultierten Fachleuten und Studierenden mit entsprechender Expertise fanden wir breite Unterstützung für unsere Ansicht, dass die Staaten dringend zusammenarbeiten müssen, um Konflikte in Europa zu lösen und gleichzeitig vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen durchzuführen.

Mittelfristig müssen unserer Ansicht nach die Staaten an den Verhandlungstisch zurückkehren, um eine neue Generation von Rüstungskontrollvereinbarungen auszuarbeiten und aktuelle gemeinsame Prinzipien und Verpflichtungen zu erarbeiten, um den heutigen Realitäten gerecht zu werden und gemeinsame Interessen identifizieren zu können. Wir fordern die Staaten auf, ein hochrangiges Treffen zur europäischen Sicherheit abzuhalten, um bis 2025 – dem 50. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki – eine prinzipiengeleitete Zusammenarbeit in der euroatlantischen und eurasischen Region wiederherzustellen.

Es sind die Staaten selbst, die diese Schritte gehen müssen. Aber natürlich sind wir alle an einem sichereren Europa interessiert. Deshalb wollen wir keinen

Bericht erstellen, der lediglich im Bücherregal Staub ansetzt, sondern hoffen, mit den vorliegenden Ergebnissen der Initiative für kooperative Sicherheit eine Debatte und ein Handeln auf diplomatischer und parlamentarischer Ebene sowie unter jungen Menschen in der Gesellschaft und in den Medien anzuregen. Unser Ziel ist es, das Interesse und die Unterstützung für eine prinzipiengeleitete kooperative Sicherheit neu zu beleben und konstruktivere Beziehungen zwischen Staaten zu initiieren.

Alarmglocken und Handlungsbedarf

DRINGLICHKEIT

- Die Wiederherstellung oder der Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems muss ohne großen Krieg zu bewerkstelligen sein.
- In Europa gibt es bereits Kriege, in die Großmächte verwickelt sind, sowie einige Krisenherde mit dem Potenzial, sich zu einem gewaltsamen Konflikt auszuweiten.
- Vertrauen wurde in den letzten Jahren zerstört sowie gemeinsame Prinzipien und Abkommen missachtet.
- Jede Seite sieht die andere als im Niedergang begriffen an, erhöht jedoch gleichzeitig ihre militärischen Ausgaben.
- Die durch Rüstungskontrollvereinbarungen und vertrauensbildende Maßnahmen geschaffenen Sicherheitsnetze werden ausgehöhlt, während sich das Wettrüsten intensiviert. Eine Fortsetzung dieses Kurses macht einen absichtlich oder unabsichtlich entfachten Flächenbrand wahrscheinlicher.

REALPOLITIK STATT ALTRUISMUS

- Im Umgang mit transnationalen Bedrohungen und Herausforderungen wie Pandemien, Klimawandel, großen Migrationsströmen und organisierter Kriminalität müssen Staaten zusammenarbeiten: Solidarität ist Eigennutz. Kooperative Sicherheit ist eine Notwendigkeit, kein Altruismus.
- Zur Wahrung nationaler und europäischer Sicherheitsinteressen sollten zwischenstaatliche Beziehungen kooperativer gestaltet werden: basierend auf Respekt, sinnvollem Dialog und einem konstruktiven Problemlösungsansatz.
- Um nachhaltig und für alle akzeptabel zu sein, muss eine kooperative Ordnung in Europa auf gemeinsam vereinbarten Prinzipien und Verpflichtungen beruhen, so wie es Verkehrsregeln verordnen.
- Zusammenarbeit darf nicht um jeden Preis erfolgen. Im Prozess der Wiederherstellung der Sicherheit in Europa sollte es weder Einfluss-sphären geben noch sollten die Großmächte über die Köpfe anderer Staaten hinweg oder hinter deren Rücken Abmachungen treffen. Zusammenarbeit

muss auf Prinzipien basieren und partizipativ sein. Alle Länder müssen auf der Basis souveräner Gleichberechtigung in die Gespräche und Verhandlungen einbezogen werden.

NÄCHSTE SCHRITTE

- Kurzfristig sollte die Priorität auf Schadensbegrenzung, Deeskalation und der friedlichen Austragung von Differenzen liegen.
- Mittelfristig müssen neu gestaltete Rüstungskontrollen vereinbart werden.
- Gemeinsames Handeln sollte nicht durch diejenigen behindert werden, die Regeln verletzen oder vereiteln. In Ermangelung eines breiteren Konsenses sollten die interessierten Länder im Geiste des „Flexilateralismus“ zusammenarbeiten. Eine die internationalen Normen respektierende Koalition der Willigen sollte der breiteren internationalen Gemeinschaft das Potenzial und die Vorteile der Zusammenarbeit aufzeigen.
- Der Friede in Europa ist zu wichtig, um ihn allein dem Spielfeld der Diplomatie zu überlassen. Es braucht auch Beiträge von Parlamentarier*innen, jungen Menschen, der Zivil-

gesellschaft, dem Privatsektor und Think-Tanks sowie eine Präsenz in den Medien.

- Längerfristig sollten die Staaten auf ein Gipfeltreffen hinarbeiten, beispielsweise eine Konferenz zu Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, mit dem Ziel, die Aufmerksamkeit der Staats- und Regierungschefs auf die Notwendigkeit des Friedens zu lenken, einen sinnvollen Dialog zu schaffen, gemeinsame Interessen zu identifizieren, sich gemeinsamen Bedrohungen und Herausforderungen zu stellen, gemeinsame Prinzipien zu bekräftigen und sich gegebenenfalls auf neue Verpflichtungen zu einigen. Das Ergebnis dieses Gipfels sollte ein neues Gründungsdokument für die europäische Sicherheit sein, das auf einer gemeinsam vereinbarten, prinzipiengeleiteten Zusammenarbeit aufbaut und als Rahmen für die Sicherheit in Europa dient.

Außer Kontrolle geraten?

Zukunftsszenarien für die Sicherheit in Europa

WIR SIND
HIER



2010

Gipfeltreffen
von Astana

2010 - 2020

2019-2021

Initiative für
kooperative Sicherheit

1990

Charter
von Paris

2000 - 2010

1980 - 1990

1990 - 2000

1999

Gipfeltreffen
von Istanbul

1995

KSZE wird
zur OSZE

1975

Schlussakte
von Helsinki

1970 - 1980

Besteht die
Gefahr eines
Nuklearkrieges?

Sollte Russland
Teil des europäi-
schen Sicher-
heitssystems
sein?

Gemeinsame
Werte, Inter-
essen und
Grundsätze?

Kooperation

Sollten die
Vereinigten
Staaten Teil des
europäischen
Sicherheitssys-
tems sein?

Vorstellung von
der europäischen
Sicherheit in den
nächsten 5 bis 10
Jahren?

22%

32%

25%

14%

Stabilität

Wirtschaftliche
und
ökologische
Sicherheit?

Schlachtfeld

Sind neue
Regeln
erforderlich?

Stagnation

Wie können
Konflikte
verhindert
und gelöst
werden?

Wie kann man
miteinander
kommunizieren,
um gegenseitigen
Respekt und
Kooperation zu
verbessern?

Wie soll man
mit Nachbarn
umgehen,
denen man
nicht vertraut?

Erkenntnisse
aus der
Corona-Krise?

Sicherheit für
Großmächte
und kleinere
Staaten?

Geschichte des Jetzt: Umgang mit dem Udenkbaren

Die europäische Sicherheit ist nicht mehr intakt. Schien ein Krieg in Europa noch vor wenigen Jahren undenkbar, so gab es noch vor kurzem schwere Kämpfe zwischen Armenien und Aserbaidschan, einen schwelenden Konflikt in der Ukraine, Unruhen in Belarus und langwierige Konflikte in anderen Teilen Europas. Es gibt Tote, Verletzte und Vertriebene. Darüber hinaus bestehen Spannungen in einer Reihe von Regionen wie dem Schwarzen Meer, der Ostsee, dem Mittelmeer und der Arktis. Es findet kaum noch ein sinnvoller Dialog statt, derweil ist viel kriegerische Rhetorik zu vernehmen: Die zwischenstaatlichen Beziehungen sind buchstäblich vergiftet. Spaltungen und Misstrauen zwischen Russland und dem Westen erhöhen das Risiko militärischer Zwischenfälle, Störfälle und Eskalationen – sogar eines atomaren Schlagabtausches. Es erodieren die Sicherheitsnetze, die durch Rüstungskontrollabkommen und vertrauensbildende Maßnahmen geschaffen wurden, während sich ein neues Wettrüsten anbahnt. Eine Fortsetzung dieses Weges könnte sich zu einem Flächenbrand ausweiten. Gleichzeitig haben die Länder mit den gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen

der COVID-19-Pandemie zu kämpfen. Die Menschen empfinden weit verbreitetes Unbehagen, Kontrollverlust und Faszinationslosigkeit angesichts der Entwicklungen in vielen Teilen der OSZE-Gebiet, ganz zu schweigen vom Rest der Welt.

Als wir die Menschen nach den möglichen Auslösern neuer Konflikte fragten, wurden Themen wie Migration, Rechtsradikalismus, ein Wettrüsten und militärische Fehleinschätzungen genannt. Eine signifikante Anzahl erwähnte auch die Aggressionspolitik Russlands.

Was die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen betrifft, so ist die zentrale Herausforderung die Krise in und um die Ukraine. Diese stellt eine gefährliche Verschärfung einer schon lange bestehenden Spaltung dar. Sie ist sowohl Symptom als auch Ursache für den Zusammenbruch des Vertrauens und ein Verstoß gegen die Regeln, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und vor allem seit der Charta von Paris für ein neues Europa der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, Vorläufer der OSZE) von 1990 für die Ordnung in Europa gelten.

Dennoch sind viele Menschen, darunter auch führende Politiker*innen, der Ansicht, der Status quo, auch wenn er fehlerhaft ist, sei akzeptabel oder es gebe nichts, was man dagegen tun könne. In

den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen wännen sich beide Seiten scheinbar im Recht und sind der Ansicht, dass die Zeit für sie spielt. Ihrer Meinung nach liegt es am jeweils anderen nachzugeben. Die Züge auf dem geopolitischen Schachbrett Europas werden als Teil eines Nullsummenspiels gesehen, bei dem Sicherheit nur auf Kosten eines anderen erreicht werden kann. Verteidigungspolitik der einen Seite wird von der anderen als Aggression wahrgenommen. Wir sind in einem klassischen Sicherheitsdilemma gefangen.

Das Gefühl der Instabilität wird durch die dramatischen Ereignisse im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise, die nur schwer vorhersehbaren Handlungen der USA und Russlands, Spannungen innerhalb der EU (wie den Brexit und die Herausforderung durch illiberale Demokratien), unterschiedliche Standpunkte betreffend den Umgang mit China sowie Fehlinformationen und Fake News verstärkt. Der Sinn für gemeinsame Werte zwischen den Staaten hat Schaden genommen und fast alle in der Schlussakte von Helsinki 1975 und der Charta von Paris gemeinsam festgelegten Prinzipien wurden verletzt.

Der Glaube an den Multilateralismus nimmt gerade ab. Institutionen zum Schutz und zur Förderung der europäischen Sicherheit scheinen entweder

durch interne Streitigkeiten gespalten oder nicht in der Lage, mit aktuellen Herausforderungen wie Pandemien, Massenmigration, Cyberbedrohungen, organisierter Kriminalität oder dem Einfluss der Umwelt auf die Sicherheit umzugehen.

Infolgedessen sind wir Zeugen eines **Wendepunkts** in der europäischen Sicherheit: alte Regeln und Institutionen wurden unterminiert, neue sind jedoch noch nicht vorhanden. Das ist nichts Neues, denn Zeiten dramatischer Veränderungen führen zu Umwälzungen. Antonio Gramsci schrieb in seinen Gefängnisheften: „Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren: Es ist die Zeit der Monster.“ Unsere Zeit des Wandels ist gekennzeichnet durch eine Verlagerung von der Globalisierung hin zu Ländern, die sich abschotten und in Bezug auf Souveränität und Außenpolitik ihre eigenen Interessen über die der anderen stellen. **Die Staaten versuchen Alleingänge genau zu einer Zeit, in der sie zusammenarbeiten sollten. Die Zeit ist reif für kooperative Sicherheit!**

Wir leben in seltsamen und gefährlichen Zeiten und die aktuelle Krisenstimmung sollte ein Weckruf sein, das seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufgebaute Sicherheits- und Regelsystem nicht länger als selbstverständlich anzusehen oder sich gar davon zu verabschieden. Die 2020 begangenen Jahrestage sollten

uns an wichtige Meilensteine des multilateralen Friedens, der Zusammenarbeit und der Sicherheit erinnern: der 75. Jahrestag der UN-Charta, der 50. Jahrestag der Erklärung der UN-Generalversammlung über freundschaftliche Beziehungen, der 45. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki, der 30. Jahrestag der Charta von Paris und der 10. Jahrestag des Gipfels von Astana. Verglichen mit der aktuellen Weltlage wirken diese Ereignisse und konsensbasierten Dokumente wie Bestmarken der internationalen Beziehungen in der jüngeren Geschichte. Wenn es eine Ordnung in Europa geben soll, müssen diese Verpflichtungen eingehalten und umgesetzt werden. Sie bilden weiterhin das Fundament für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit. Das Abrücken von vielen dieser Verpflichtungen und Prinzipien in den letzten zwei Jahrzehnten und die daraus resultierende Instabilität zeigen den bleibenden Wert dieser gemeinsamen Vereinbarungen.

Auch wenn diese Prinzipien und Verpflichtungen in ihrer Bedeutung quasi als Verkehrsregeln essentiell bleiben, dürfen wir nicht nur auf die Vergangenheit zurückblicken. Das heutige Sicherheitsumfeld sieht anders aus. Daher müssen die Gründungsprinzipien der gesamteuropäischen Sicherheit im Kontext der modernen Realitäten interpretiert und angewandt werden und nötigenfalls weitere Verpflichtungen hinzugefügt werden, um

neuen Herausforderungen wie Cybersicherheit, neuen Technologien und dem Einfluss der Umwelt auf die Sicherheit zu begegnen. **Wenn wir nur darüber nachdenken, wie die Dinge früher waren oder wie sie sein sollten, bzw. diese glorifizieren, wird uns das nicht dabei helfen, die heutige Realität anzusprechen.**

Die COVID-19-Krise zeigt, dass grundlegende Annahmen schnell zum Guten wie zum Schlechten umgestoßen werden können, dass Menschen um des Überlebens willen sich zusammenschließen und anders handeln, sofern eine gewisse Dringlichkeit besteht und es um eine gemeinsame Sache geht. Wir brauchen dieselbe Dringlichkeit und Einheit, um Europa vor dem Abgrund einer großen Sicherheitskrise zu retten. Wir sollten bei den derzeitigen gefährlichen Ereignissen nicht bloß unbeteiligte Zuschauer sein. Wie Marshall Ganz betont: *„In a story of now, we are the protagonists and it's our choices that shape the story's outcome.“*¹

¹ <https://marshallganz.usmblogs.com/files/2012/08/Chapter-19-Leading-Change-Leadership-Organization-and-Social-Movements.pdf>

* Die in diesem Bericht dargestellten Daten basieren auf der Analyse von 273 SurveyMonkey®-Antworten vom November 2020

Vom „Schlachtfeld“ zur „Kooperation“: mögliche Zukunftsoptionen für die Sicherheit

Dinge, die noch vor wenigen Jahren undenkbar waren, wie eine Pandemie, die die Gesellschaft zum Stillstand bringt, oder ein Krieg im Herzen Europas, sind plötzlich Realität geworden. Könnten in ähnlicher Weise auch positive Dinge wie der Wiederaufbau von Vertrauen und Zusammenarbeit in Europa, die Verlangsamung des Klimawandels oder die Verringerung der Gefahr eines Atomkriegs denkbar werden? Oder war das relativ friedliche Jahrzehnt nach 1990 nur eine Ausnahme, ein Ausreißer, und die Dinge sind einfach zu ihrer schmutzigen Normalität zurückgekehrt?

Wir haben die Menschen nach ihrer Meinung gefragt, wie die europäische Sicherheit in den nächsten fünf bis zehn Jahren aussehen könnte. Die Antworten* lassen sich grob in vier Optionen unterteilen: Schlachtfeld, Stagnation, Stabilität und Kooperation.

SCHLACHTFELD

Vierzehn Prozent der Befragten äußerten die Ansicht, dass die Zukunft von Unsicherheit geprägt sein wird, wobei die

großen Akteure die Spielregeln diktieren, Einflussbereiche abstecken, einen Rüstungswettlauf vorantreiben und einzelne Staaten nationale oder bilaterale Ansätze zur Lösung einer immer größeren Bandbreite an Krisen wählen. Die Kämpfe toben an mehreren Schauplätzen in Europa. Man könnte dieses Szenario als Schlachtfeld bezeichnen, welches wir mit allen Mitteln verhindern müssen.

STAGNATION

Ein Viertel der Befragten sind der Meinung, dass Europa ähnlich wie jetzt sich irgendwie durchschlagen wird: Das System ist fragmentiert, die Krise in der Ukraine schwelt weiter, es gibt eine EU der verschiedenen Geschwindigkeiten und die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen stabilisieren sich; es gibt jedoch keine großen Durchbrüche. Die Länder agieren durch Ad-hoc-Vereinbarungen in Koalitionen der Willigen und kooperieren in Nischenbereichen. Wir bezeichnen dieses Szenario als Stagnation – jeden Tag in einer Endlosschleife der gleichen mühsamen Ereignisse gefangen zu sein.

STABILITÄT

Rund ein Drittel aller Befragten (32 %) glauben, dass in den nächsten fünf bis zehn Jahren „teilweise Sicherheit“ erreicht werden kann. Bei dieser Option ist

die EU stärker geeint, verfügt über eine eigene Armee und ist nicht mehr so stark vom amerikanischen Einfluss abhängig. Russland ist kein Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur, es besteht jedoch ein Dialog und friedliche Koexistenz. Der Ukraine-Konflikt wurde einer friedlichen Lösung zugeführt. Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan ist beigelegt oder zumindest eingedämmt. Es gibt eine Mischung aus kooperativen und kollektiven Sicherheitsvereinbarungen. Man könnte dieses Szenario als einen besseren Status-quo oder als Stabilität bezeichnen.

KOOPERATION

Optimistischer zeigen sich 22 % der Befragten, die sich ein europäisches Sicherheitssystem auf der Grundlage von Kooperation vorstellen können. Ein solches System zeichnet sich dadurch aus, dass die Staaten kritische Selbstreflexion betreiben und erkennen, dass eine Zusammenarbeit, eine stärkere wirtschaftliche Vernetzung, ein gemeinsames Sicherheitsverständnis sowie ein effektiver Multilateralismus in ihrem eigenen Interesse liegen. Es besteht ein konstruktiver Dialog zwischen Russland und dem Westen und gemeinsame Anstrengungen zur Lösung von Konflikten und zur Bewältigung gemeinsamer Bedrohungen und Herausforderungen. Dies ist unserer Ansicht nach naturgemäß das wünschenswerteste

Szenario, das mit der Initiative für kooperative Sicherheit wieder in die Debatte über die europäische Sicherheit eingebracht werden soll.

Für manche mag das idealistisch, ja sogar naiv klingen. Aber wer ist idealistischer: jene, die glauben, einen taktischen Atomkrieg gewinnen zu können, oder jene, die einen solchen verhindern wollen? Wer ist realistischer: ein Staatsoberhaupt, das die Zusammenarbeit mit anderen sucht, um gemeinsame Probleme zu lösen, oder eines, das glaubt, sein Land könne alles im Alleingang erledigen? Kooperative Sicherheit ist Realpolitik auf der Grundlage von Normen, kein Hirngespinnst.

Welche Vorstellung haben Sie von der europäischen Sicherheit in den nächsten 5 bis 10 Jahren?

32 %
Stabilität

25 %
Stagnation

22 %
Kooperation

14 %
Schlachtfeld

8 %
Nicht zuzuordnen

Unsere Umfrage unterstrich auch den Nutzen der Einbeziehung von Interessengruppen, die oft von Debatten über internationale Sicherheit ausgeschlossen werden, wie z. B. Frauen und junge Men-

schen. Interessanterweise äußerten sich die befragten Frauen optimistischer über die Zukunft der europäischen Sicherheit als die Männer. Außerdem zeigten sich Studierende optimistischer als Fachleute.

Welche Vorstellung haben Sie von der europäischen Sicherheit in den nächsten 5 bis 10 Jahren?

Vorstellung	Frauen (n=96)	Männer (n=172)
Schlachtfeld	8,3 %	14,0 %
Stagnation	16,7 %	27,9 %
Stabilität	34,4 %	27,9 %
Kooperation	25,0 %	18,6 %
Nicht zuzuordnen	11,5 %	5,8 %
Keine Antwort	4,2 %	5,8 %
Gesamt	100 %	100 %

Vorstellung	Fachleute (n=92)	Studierende (n=81)
Schlachtfeld	12,0 %	8,6 %
Stagnation	28,3 %	16,0 %
Stabilität	27,2 %	38,3 %
Kooperation	22,8 %	24,7 %
Nicht zuzuordnen	6,5 %	7,4 %
Keine Antwort	3,3 %	4,9 %
Gesamt	100 %	100 %

WIE WICHTIG SIND GEMEINSAME WERTE FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT?

Die Kreuztabellierung der Antworten auf die Frage, ob gemeinsame Werte für die europäische Sicherheitsarchitektur von Bedeutung sind, und auf die Frage nach den Vorstellungen von der europäischen Sicherheitsarchitektur sind sehr aufschlussreich. Befragte mit einer pessimistischen Einstellung zur Zukunft der europäischen Sicherheit betrachten tendenziell gemeinsame Werte als bedeutend für die Zusammenarbeit. Dies deutet darauf hin, dass ihrer Ansicht nach die Erreichung von gemeinsamen Werten in den nächsten fünf bis zehn Jahren weniger wahrscheinlich ist, was größere Unsicherheit bedeutet. Umgekehrt können sich diejenigen, für die gemeinsame Wer-

te nicht von Bedeutung für die Zusammenarbeit sind, eher Stabilität oder sogar Kooperation vorstellen. Wir glauben, dass in Zukunft die Identifikation von gemeinsamen Werten und gemeinsamen Interessen wichtig sein wird: Entscheidend ist, dass die Staaten gemeinsame Regeln befolgen. Unterschiedliche Werte zu haben, sollte kein Hindernis für einen konstruktiven Dialog oder gar Zusammenarbeit sein, vorausgesetzt alle Seiten halten sich an die gleichen Regeln.

IST PLATZ FÜR RUSSLAND UND DIE VEREINIGTEN STAATEN IN EINEM EUROPÄISCHEN SICHERHEITSSYSTEM?

Wie passen die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten in das Bild der möglichen Zukunftsszenarien für die eu-

Sind gemeinsame Werte für die Zusammenarbeit von Bedeutung?

	Schlachtfeld	Stagnation	Stabilität	Kooperation
Von Bedeutung	57,1 %	60,9 %	50,6 %	53,6 %
Nicht von Bedeutung	31,4 %	39,1 %	49,4 %	46,4 %
Nicht zuzuordnen	8,6 %	0 %	0 %	0 %
Keine Antwort	2,9 %	0 %	0 %	0 %
Gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %

ropäische Sicherheit? Man könnte argumentieren, dass sich Russland auch vor der Ukraine-Krise nicht als starker Stakeholder einer europäischen Sicherheitspositioniert hatte bzw. nicht als solcher behandelt wurde; und genau diese Tatsache ließ die Krise aus Sicht des Kremls weniger riskant erscheinen. Andererseits fällt es selbst den Befürwortern einer Zusammenarbeit schwer, aufgrund der illegalen Annexion der Krim, Russlands Rolle im Krieg in der Ostukraine sowie von Cyberangriffen, Einmischung in Wahlen und der Vergiftung von Oppositionellen, Russland als potenziell verlässlichen Partner wahrzunehmen. Die enorme Herausforderung besteht daher darin, eine angemessene und akzeptable Rolle für Russland in der europäischen Sicherheitsordnung zu finden, durch die Sicherheit für alle geschaffen wird. Zwei Drittel der Befragten unserer qualitativen Umfrage sind der Meinung, dass Russland Teil des europäischen Sicherheitssystems sein sollte, was wie folgt begründet wird: Russland ist ein Teilnehmerstaat der OSZE, eine bedeutende Atommacht und sieht sich ähnlichen Bedrohungen ausgesetzt wie viele Länder im übrigen Europa.

Dennoch gaben die meisten Befragten an, die Teilnahme Russlands sollte an folgenden Bedingungen geknüpft sein: Russland sollte zum Beispiel „die Krim an die Ukraine zurückgeben“, „aufhören, die Sicherheit und Souveränität seiner Nachbarn zu

Sollte Russland Teil des europäischen Sicherheitssystems sein?

67 %
ja

33 %
nein

untergraben“, „europäische Werte annehmen und sich an die gemeinsam vereinbarten Regeln halten“. Hierzu sei anzumerken, dass das Fehlen gemeinsamer Werte scheinbar jedoch kein Hindernis für die Einbindung Russlands in das europäische Sicherheitssystem ist. Fast 60 % der Befragten, deren Angabe zufolge gemeinsame Werte für die Zusammenarbeit von Bedeutung sind, wollen Russland als Teil des europäischen Sicherheitssystems sehen. Weniger überraschend gaben 76,6 % der Befragten mit einem eher pragmatischen Ansatz (für sie sind gemeinsame Werte für die Zusammenarbeit nicht von Bedeutung) an, dass Russland Teil des europäischen Sicherheitssystems sein sollte. Für William Hill ergibt sich daraus für die Staaten Nordamerikas und Europas die Aufgabe, eine neue regionale Sicherheitsordnung aufzustellen und darin „einen Platz für Russland zu finden, das wir haben, statt für ein Russland, das wir

uns wünschen“.² Für Russland bedeutet dies, Bereitschaft zu zeigen, sich an die Regeln zu halten und ein zuverlässiger und konstruktiver Partner zu sein. Die Geschichte zeigt, dass der Friede mit Russland in Europa schwer zu erreichen ist. Es wird gleichwohl keinen dauerhaften Frieden in Europa ohne Russland geben.

Analog zur Antwort auf die Frage nach Russlands Rolle in Europa sprachen sich rund zwei Drittel der Befragten dafür aus, dass die USA Teil des europäischen Sicherheitssystems sein sollten – bis vor kurzem noch eine Binsenweisheit in Nordamerika und Westeuropa. Schließlich sind die USA seit dem Zweiten Weltkrieg ein wichtiger Garant für Stabilität in Europa. Aber der Rückzug aus Europa während der Präsidentschaft von Donald Trump, das Infragestellen der NATO und der Austritt aus wichtigen Rüstungskontrollvereinbarungen haben Fragen über Amerikas langfristiges Bekenntnis zur europäischen Sicherheit und zur Achtung von Verträgen aufgeworfen. Darüber hinaus wurden die schwierigen Beziehungen zwischen USA und Russland in den letzten zwanzig Jahren zu einem Risikofaktor für die europäische Sicherheit, wodurch beiden Seiten die Bewältigung gemeinsamer globaler Bedrohungen und Herausforderungen erschwert wird. Dieses Risiko kann nur durch Diplomatie und einen Dialog entschärft werden, an dem alle – die USA, Russland und alle anderen

Länder in Europa, unabhängig von ihrer Größe oder Lage auf der Landkarte – teilnehmen.

Sollten die Vereinigten Staaten Teil des europäischen Sicherheitssystems sein?	Sind gemeinsame Werte wesentlich für die Zusammenarbeit?	
	Ja	Nein
Nein	39,5 %	22,5 %
Ja	59,9 %	76,6 %
Keine Antwort	0,6 %	0,9 %

Sollten die Vereinigten Staaten Teil des europäischen Sicherheitssystems sein?

70 %
ja

30 %
nein

Für viele Befragte sind die USA ein traditioneller Partner mit ähnlichen Werten und einzigartigen militärischen und wirtschaftlichen Mitteln. Es wurde jedoch ebenfalls angemerkt, die USA sollten

² W. Hill (2018): No Place for Russia. New York: Columbia University Press, S. 395

sich innerhalb des europäischen Sicherheitssystems „wie ein gleichberechtigter Partner und nicht als Souverän verhalten“, „aufhören, ihre wirtschaftlichen Interessen mit Sicherheit gleichzusetzen“ und „die EU-Integration und strategische Autonomie aktiv unterstützen“. Es vertreten sowohl Befürworter*innen als auch Kritiker*innen der USA den Standpunkt, dass das erneute Bekenntnis der USA zur vollen Teilnahme an einem europäischen Sicherheitssystem auf der Grundlage klar definierter gegenseitiger Interessen der USA und der Mehrheit der europäischen Staaten sowie Transparenz in Bezug auf Verantwortlichkeiten und Erwartungen beruhen sollte.

AUFLÖSEN DES SICHERHEITSDILEMMAS

Für die Lösung des Sicherheitsdilemmas ist es sicherlich hilfreich, wenn sowohl die Vereinigten Staaten als auch Russland (als wichtige Akteure in der europäischen Sicherheitsordnung) Teil eines kooperativen Sicherheitssystems sind. Die beiden Großmächte wie auch deren Nachbarn und andere Ländern mit einem Interesse an der europäischen Sicherheit sollten ebenfalls erkennen, dass eine gegenseitige Zusammenarbeit mit ihnen in ihrem eigenen Interesse liegt. Zumindest sollten sie einen Weg der friedlichen Koexistenz finden.

Sollte Ihr Land sein militärisches Potential stärken und nationale Sicherheitsinteressen unabhängig vom Kurs anderer Länder verfolgen?

59 %
nein

21 %
ja

18 %
kommt darauf an

2 % n/a

Interessanterweise ist ein signifikanter Prozentsatz (59 %) der Teilnehmenden an unserer Umfrage nicht der Meinung, ihr Land sollte sein militärisches Potenzial stärken und nationale Sicherheitsinteressen unabhängig vom Kurs anderer Länder verfolgen. Wir behaupten zwar nicht, dass unsere Befragtengruppe notwendigerweise repräsentativ für ein breites Spektrum der öffentlichen Meinung in den betreffenden Ländern ist. Dieses Ergebnis aus der Befragung gut unterrichteter Fachleute und Studierenden der Politikwissenschaften deutet jedoch darauf hin, dass die Menschen weniger streitlus-

tig als ihre politische Führung sind und dass es an der Basis möglicherweise Unterstützung für einen kooperativeren Sicherheitsansatz sowie Raum für die Erkundung von Alternativen zur Militarisierung der Sicherheitspolitik gibt.

Wenn das zutrifft und sich Staaten dennoch verteidigen müssen, wie kann man dann dem Sicherheitsdilemma entkommen? Die Antwort darauf haben die Staaten selbst gegeben, und zwar 1999 auf dem OSZE-Gipfeltreffen von Istanbul. Bei dieser Gelegenheit kamen die Staats- und Regierungschefs der OSZE wie folgt überein:

„Jeder Teilnehmerstaat hat dasselbe Recht auf Sicherheit. Wir bekräftigen das jedem Teilnehmerstaat innewohnende Recht, seine Sicherheitsvereinbarungen einschließlich von Bündnisverträgen frei zu wählen oder diese im Laufe ihrer Entwicklung zu verändern. Jeder Staat hat auch das Recht auf Neutralität. Jeder Teilnehmerstaat wird diesbezüglich die Rechte aller anderen achten. Sie werden ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen. Innerhalb der OSZE kommt keinem Staat, keiner Staatengruppe oder Organisation mehr Verantwortung für die Erhaltung von Frieden und Stabilität im OSZE-Gebiet zu als anderen, noch kann einer/eine von ihnen irgendeinen Teil des OSZE-Gebiets als seinen/ihren Einflussbereich betrachten.“

Durch die Schaffung eines umfassenden Gemeinschaftsgefühls können Staaten auf ein weniger konfrontatives Sicherheitskonzept setzen. Eine solche Vision wurde vor einem Jahrzehnt, im Dezember 2010, auf dem Gipfeltreffen in Astana zum Ausdruck gebracht, als sich die OSZE-Staatsoberhäupter erneut zur „Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladivostok [...] deren Grundlagen vereinbarte Prinzipien, gemeinsame Verpflichtungen und gemeinsame Ziele sind“ bekannten. Teilen die Staats- und Regierungschefs der 57 OSZE-Staaten diese Vision noch immer? Wenn ja, dann müssen sie sich überlegen, wie sie diese gemeinsam erreichen können. Wenn nicht, dann muss eine andere, einheitsstiftende Agenda entwickelt werden.

Überraschenderweise sind fast zwei Drittel (64 %) der Befragten in unserer Umfrage der Meinung, dass es neuer Regeln und Vereinbarungen im Umgang mit den heutigen Sicherheitsbedrohungen und -herausforderungen bedarf. Dies sollte denjenigen, die den bestehenden normativen Rahmen für ausreichend halten, zu denken geben.

Laut Angaben dieser Befragten sollten neue Regeln und Abkommen in jenen Themenbereichen angestrebt werden, die

bisher nicht im Mittelpunkt bestehender Vereinbarungen standen, zum Beispiel Cybersicherheit, die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit und der Umgang mit transnationalen Bedrohungen. Schon die Arbeit an diesen neuen Regeln und Vereinbarungen könnte zu einer besseren Zusammenarbeit beitragen.

Daher weisen eine Reihe von Faktoren auf die Notwendigkeit eines kooperativeren Sicherheitsansatzes hin: die Notwendigkeit, Konflikte zu vermeiden, Spannungen abzubauen, Beziehungen friedlich zu gestalten und zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Bedrohungen und Herausforderungen zu bewältigen. Ein kooperativeres Sicherheitskonzept ist zwar notwendig und denkbar, aber ist es auch machbar? Wir müssen einen Prozess hin zu kooperativer Sicherheit ins Leben rufen bzw. wieder ankurbeln.



Eine Brücke in die Zukunft bauen

Wie wir trotz großer Herausforderungen erfolgreich sein können



ATOM-KRIEG

ZWISCHENFÄLLE
STÖRFÄLLE

POPULISMUS

ANWENDUNG VON GEWALT

AGGRESSIVER
NATIONALISMUS

GEWALTBEREITER
EXTREMISMUS

WETTRÜSTEN

Kooperation

Stabilität

Stagnation

Schlachtfeld

TERRORISMUS

PANDEMIEN

KLIMAWANDEL

CYBER-BEDROHUNGEN

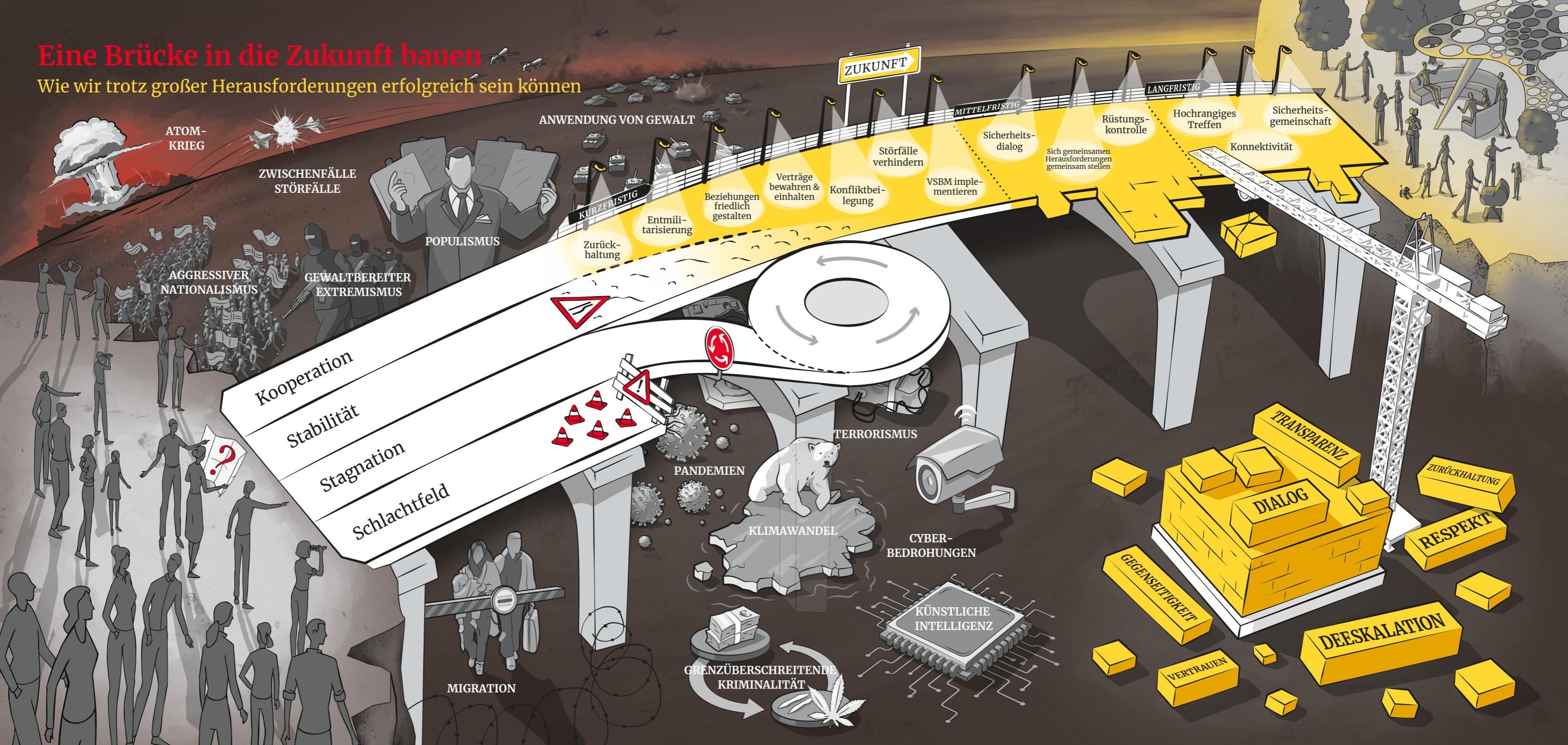
KÜNSTLICHE
INTELLIGENZ

MIGRATION

GRENZÜBERSCHREITENDE
KRIMINALITÄT

Eine Brücke in die Zukunft bauen

Wie wir trotz großer Herausforderungen erfolgreich sein können

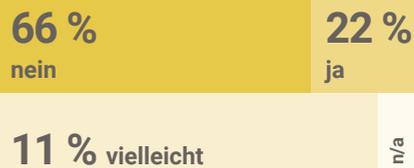


Plädoyer für kooperative Sicherheit

Was impliziert kooperative Sicherheit eigentlich? Kooperative Sicherheit ist sowohl ein Prozess als auch ein Ziel: Staaten arbeiten auf konstruktive, kooperative Weise für ein und dasselbe Ziel zusammen. Im Gegensatz zur kollektiven Sicherheit, die defensiv angelegt ist (ein Bündnis gegen etwas/jemanden), ist kooperative Sicherheit ein eher nach außen gerichtetes Konzept. Sie wird relevant, wenn es bei einer bestimmten Sicherheitsfrage nicht darum geht, gegen wen man sich verteidigen soll, sondern mit wem man bei der Lösung eines Problems kooperieren muss. Klimawandel und Umweltzerstörung, die Regulierung von Technologien (wie künstliche Intelligenz), die Bewältigung großer Flüchtlings- und Migrationsströme, Pandemien, Rüstungskontrolle, grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, Cyberbedrohungen und nukleare Sicherheit: In all diesen Bereichen muss die Staatengemeinschaft zusammenarbeiten. Es gibt eine Reihe globaler Themen, die entweder durch Kooperation oder gar nicht gelöst werden können. Wie es UN-Generalsekretär António Guterres in seiner Rede vor der 75. Tagung der UN-Generalversammlung formulierte: „In an intercon-

nected world, it is high time to recognize a simple truth: **solidarity is self-interest.**“ Bezeichnenderweise teilen diese Ansicht die meisten Teilnehmenden an unserer Umfrage. Mehr als zwei Drittel haben das Gefühl, dass ihr Land seine Souveränität nicht ohne die Hilfe anderer gewährleisten kann, was impliziert, dass Kooperation für die nationale Sicherheit unerlässlich ist.

Kann Ihr Land seine Souveränität und Sicherheit ohne die Hilfe anderer gewährleisten?



Die COVID-19-Krise ist eine deutliche Warnung. Das Virus kümmert sich nicht um Grenzen oder Propaganda. Die Ausbreitung dieser Pandemie hat uns vor

Augen geführt, wie wichtig Kooperation innerhalb von lokalen Gemeinschaften, zwischen Staaten und innerhalb der internationalen Gemeinschaft ist. Auf nationaler Ebene wird man weder das Virus stoppen noch eine Therapie entwickeln können.

Diese Krise veranschaulicht, dass unser Überleben von Wahrhaftigkeit, Vertrauen und Zusammenarbeit abhängt.

Inwieweit sind gemeinsame Werte, einschließlich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für die internationale Zusammenarbeit von Bedeutung?



Kooperative Sicherheit ist besonders für kleine und mittelgroße Länder attraktiv: Teil eines größeren Verbundes zu sein,

bietet mehr Sicherheit und hat auch den Vorteil, dass man Ressourcen bündeln kann. Für neutrale Länder bietet kooperative Sicherheit viele der positiven Aspekte einer Bündniszugehörigkeit, ohne Partei ergreifen zu müssen. Es kommt nicht von ungefähr, dass neutrale und bündnisfreie Länder während des Helsinki-Prozesses und im Kalten Krieg als Brückenbauer fungierten. In einer vernetzten Welt mit komplexen und großen Herausforderungen, die keine Grenzen kennen, haben jedoch auch Großmächte ein Eigeninteresse an Kooperation. Zusammengefasst: es braucht eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Großmächten und kleinen und mittleren Staaten, um Ressourcen und Kapazitäten zum gegenseitigen Nutzen aller beteiligten Akteure zu bündeln. Eine solche Kooperation kann durch die Mitgliedschaft in multilateralen Organisationen erreicht werden.

Kooperative Sicherheit funktioniert am besten, wenn es gemeinsame Werte gibt, was jedoch keine Voraussetzung ist. In unserer Umfrage gab ein signifikanter Prozentsatz (41 %) der Befragten an, dass gemeinsame Werte für die Zusammenarbeit nicht von Bedeutung sind. Allerdings ist eine signifikante Anzahl der befragten Frauen (70 %) der Meinung, dass gemeinsame Werte für die Zusammenarbeit sehr wohl von Bedeutung sind.

Wenn man sich die qualitativen Antworten

ten genauer ansieht, unterscheiden einige Befragte zwischen „lockerer“ und „enger“ Zusammenarbeit. Bis zu einem gewissen Grad oder in ausgewählten Bereichen kann es eine Kooperation auch ohne gemeinsame Werte geben. Aber in der Regel setzt eine intensivere Zusammenarbeit ein gemeinsames Verständnis von Rechtsstaatlichkeit, gemeinsamen Prinzipien und Demokratie voraus.

Darüber hinaus kann Sicherheit durch Zusammenarbeit geschaffen werden: Man muss sich nicht notwendigerweise sicher fühlen oder einander vertrauen, um Gespräche aufzunehmen oder eine Zusammenarbeit ins Leben zu rufen. Der Dialog- und Interaktionsprozess alleine kann Vertrauen stiften. Die Beziehungen müssen jedoch von den gemeinsamen Regeln und Prinzipien, die die Parteien selbst entwickelt und vereinbart haben, geleitet werden und es muss ein gemeinsames Sicherheitsinteresse bestehen. Diese Regeln gewährleisten Fairness und schaffen ein gewisses Maß an Vorhersehbarkeit. Dies ist ein entscheidendes Merkmal der **prinzipiengeleiteten Zusammenarbeit**. Dabei werden keine Business Deals gemacht, bei denen eine oder beide Parteien auf Kosten des Völkerrechts, bestehender Prinzipien und Verpflichtungen oder sogar der Souveränität anderer Länder begünstigt werden. Eine prinzipiengeleitete Zusammenarbeit ist vielmehr in gemeinsam vereinbarten

Prinzipien wie jenen der UN-Charta und der Schlussakte von Helsinki verankert, welche als unabdingbare Voraussetzung für kooperative Sicherheit angesehen werden müssen.

Kooperative Sicherheit ist ein sicherheitspolitisches Konzept, das Staaten dazu ermutigt, sowohl nationale als auch transnationale Bedrohungen gemeinsam zu erkennen und zu verhindern, anstatt ihnen durch Abschreckung oder den Einsatz von Gewalt zu begegnen. Sie beruht auf einer gemeinsamen Bedrohungsbeurteilung, der Zurückhaltung aller Parteien, Dialog als das Mittel der Wahl, Konfliktverhütung, regelbasierter Interaktion, gutnachbarlichen Beziehungen und einem allmählichen Übergang zu friedlicher Koexistenz als Mindestanforderung. So kann erforderlichenfalls die Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen geschaffen werden.

Kooperative Sicherheit basiert auf souveräner Gleichheit. Alle Länder müssen einbezogen werden. Verhandlungen und Entscheidungen sollten gemeinsam und konsensbasiert getroffen werden. Kooperative Sicherheit erfordert ein gewisses Maß an Empathie: Verständnis dafür, dass die andere Seite einen anderen geschichtlichen und kulturellen Hintergrund sowie andere Vorstellungen und Interessen hat, jedoch mit Würde und Respekt behandelt werden möchte.

Bei diesem Ansatz müssen die verschiedenen Seiten einander zuhören, transparent und konstruktiv sein und nicht versuchen, ihre Sicherheit auf Kosten von anderen zu stärken. Er erfordert vertrauensbildende Schritte, Berechenbarkeit, Reziprozität und Pragmatismus auf der Grundlage gemeinsamer Prinzipien.

Kooperative Sicherheit bedeutet nicht, die Meinung der anderen Seite zu dulden, Kompromisse um eines Kompromisses willen einzugehen oder die eigenen Werte, Prinzipien oder Interessen aufzugeben. Sie basiert vielmehr auf der Annahme, dass Staaten aus Eigeninteresse zusammenarbeiten: **Zusammenarbeit mit anderen lohnt sich** und hat einen Mehrwert, der sich im Alleingang nicht erzielen lässt. Aus diesem Grund basiert kooperative Sicherheit auf den nationalen und kollektiven Interessen der Staaten und nicht auf Altruismus.

Kooperative Sicherheit bedeutet nicht notwendigerweise ewiger Friede, auch wenn das wünschenswert wäre. Sie ist vielmehr darauf ausgelegt, Kriege zu verhindern und Beziehungen friedlich zu gestalten. Kooperative Sicherheit verfolgt eine langfristige Perspektive und stellt nicht auf einmalige Aktionen ab. Diese langfristige Perspektive in Verbindung mit einem umfangreichen Themenkatalog bietet Staaten einen Anreiz zur Zu-

sammenarbeit, um den Prozess in Gang zu halten oder eine Gegenleistung zu erhalten. Wenn jedoch ein Staat abtrünnig wird, so riskiert er, dass die jeweils andere Partei in anderen Fragen oder zu einem späteren Zeitpunkt zu seinem Nachteil kontert. Die Glaubwürdigkeit jeder zukünftigen Vereinbarung wird beeinträchtigt, wenn bestehende Vereinbarungen nicht eingehalten werden (daher gilt: *pacta sunt servanda*). Kurzum, Reziprozität mit einer zukunftsorientierten Perspektive ist die ideale Basis für eine gedeihliche Zusammenarbeit.

Leider ist das Vertrauen derzeit so niedrig, dass schon Gespräche mit der anderen Seite als illoyal gelten. Gegnerische Parteien befürchten, dass ihre eigenen Kooperationsversuche von der anderen Seite missbraucht oder instrumentalisiert werden. Infolgedessen schotten sich die Länder voneinander ab, produzieren nur heiße Luft in eigener Sache und schlagen die Kriegstrommeln. Externe Bedrohungen werden hochgespielt, um von den Problemen im eigenen Land abzulenken. Das mag den inneren Zusammenhalt stärken, sendet jedoch kriegerische Signale über die Grenze und schürt genau jene Bedrohung, die zu Hause herbeigeredet wird.

Wir müssen uns wieder auf das Wesentliche konzentrieren. Die Staaten müssen miteinander sprechen, einander zuhören

und Respekt zollen, ein gewisses Maß an Empathie zeigen, um den Standpunkt des anderen zu verstehen. Alle Seiten müssen ihre Beschwerden und Anliegen ansprechen, Fehler zugeben oder falsche Eindrücke korrigieren. Dies wird nicht einfach sein. Die Alternative wäre jedoch, dass Staatschefs oftmals weiter in ihrer Filterblase agieren, was den Frieden nicht bringen wird. Es gibt keinen aktuellen oder historischen Präzedenzfall dafür, dass durch das Zurückfahren oder den Abbruch eines Dialogs irgendjemand von einem Fehlverhalten abgehalten oder abgebracht wurde.

Im gegenwärtigen Umfeld ist es unrealistisch zu erwarten, dass die Staaten gemeinsame Interessensbereiche identifizieren, auf die sie sich einigen können. Aber **sie könnten sich zumindest darauf einigen, was sie vermeiden wollen, nämlich Krieg**. Das wäre schon eine gute Basis, um Gespräche aufzunehmen. Wie Willy Brandt sagte: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ Zumindest sollten die Staaten in Worten und Taten die Gemeinsamkeiten, auf die sie sich bereits geeinigt haben, bekräftigen und neue, noch nicht durch bestehende Vereinbarungen abgedeckte Prinzipien andeuten.

In Bezug auf gemeinsames Handeln sollten Fortschritte dort erzielt werden, wo das realistischerweise möglich ist: in einer

Gruppe von Ländern, die fähig und bereit sind, für gemeinsame Prinzipien und Verpflichtungen zu handeln. Diesbezüglich sind gegebenenfalls unterschiedliche Kooperationsformate zu unterschiedlichen Zeiten bei unterschiedlichen Themen notwendig. In einigen Bereichen wird es eine engere Zusammenarbeit geben, in anderen nur wenig Gemeinsamkeiten. Die Herausforderung wird darin bestehen, zur richtigen Zeit die richtige schlagkräftige Konstellation zu finden, während man gleichzeitig zur Legitimierung auf etablierte zwischenstaatliche Institutionen und internationale Gesetze zurückgreift. Es gibt Präzedenzfälle für eine solche Ad-hoc-Koalition der Willigen, die man auch als „Sicherheitskooperative“ bezeichnen könnte, an der Staaten je nach ihren Möglichkeiten teilnehmen.

Daher wird die europäische Sicherheitskooperation im nächsten Jahrzehnt wahrscheinlich auf ständigen Ad-hoc-Vereinbarungen beruhen, insbesondere auf subregionaler Ebene – auch auf solchen, die bisher nicht realistisch erschienen. Ein solches System des „**Flexilateralismus**“ muss man sich als ungeordneten formellen multilateralen (institutionellen) Rahmen vorstellen, der verteidigt, reformiert und mit anpassungsfähigen Kontaktgruppen anlässlich verschiedener Krisen neu gestaltet werden muss, um die notwendige für die Bewältigung dringender Krisen erforderliche Agilität und

Flexibilität zu gewährleisten. Das mag den inklusiven regionalen Charakter einer Organisation wie der OSZE schwächen, aber offen gesagt scheinen das die Teilnehmerstaaten bereits selbst getan zu haben. Flexiblere und innovativere Vereinbarungen auf der Grundlage gemeinsamer Prinzipien und Verpflichtungen würden den Stillstand überwinden, das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Staaten wiederherstellen und dabei sowohl die Zusammenarbeit stärken als auch ihren Nutzen demonstrieren.

Agenda für prinzipiengeleitete Zusammenarbeit

Wenn wir eine Agenda für die Zusammenarbeit in der Zukunft festlegen wollen, dann sollten wir nicht einfach zur Normalität zurückkehren, denn diese hat nicht funktioniert. Das letzte Jahrzehnt, wenn nicht sogar die letzten zwei Jahrzehnte (seit der Kosovo-Krise 1999), war geprägt von Zank, Egoismus, Kurzsichtigkeit und dem Bruch von Verpflichtungen und Vertrauen. Das hat zu unhaltbaren Sicherheits- und Entwicklungsansätzen und zu Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit geführt, sogar zu Krieg.

In einer idealen Welt würden die Staaten im Interesse der globalen Gemeinschaftsgüter und der gesamteuropäischen Sicherheitsgemeinschaft handeln. Sie würden zusammenarbeiten, in Frieden und Wohlstand leben und folglich gemeinsame Vorteile genießen. Die Verwirklichung einer solchen Vision, die auf dem Gipfeltreffen von Astana im Dezember 2010 von 57 OSZE-Teilnehmerstaaten geteilt wurde, liegt noch in weiter Ferne, aber sie ist ein hehres Ziel, das nichts an Strahlkraft einbüßen sollte.

Wir können es uns nicht leisten, zuzuwarten und lediglich auf eine bessere Zukunft

zu hoffen. Das Dach unseres gemeinsamen europäischen Hauses steht in Flammen und wir sehen uns ernststen globalen Herausforderungen gegenüber. Aus diesem Grund sind dringend eine Reihe von kurzfristigen Maßnahmen erforderlich, gefolgt von mittelfristigen, welche dann langfristig zu einem sichereren Europa beitragen können. Diese Maßnahmen sollten nicht als Blaupause für die Lösung aller Probleme in Europa herangezogen werden. Vielmehr geben sie einen Handlungsrahmen, einen Prozess vor, um Beziehungen friedlicher zu gestalten und die Staaten zu einem kooperativeren Ansatz in Sachen Sicherheit zu bewegen. All das auf der Grundlage einer prinzipiengeleiteten Zusammenarbeit – als Mittel und als Zweck.

KURZFRISTIG: SCHADENSBEGRENZUNG UND STABILISIERUNG DER BEZIEHUNGEN

- Die Staaten müssen **Zurückhaltung üben** und sich in ihren öffentlichen Äußerungen mäßigen. Statt Monologe zu halten, müssen sie einen sinnvollen Dialog führen, also nach Möglichkeiten suchen, guten Willen zu zeigen, und Interesse an der Teilhabe an einer friedlichen **Gestaltung von Beziehungen** bekunden.
- **Bestehende Verträge sollten be-**

wahrt werden, um ein Auseinanderbrechen des gegenwärtigen Sicherheitssystems zu verhindern; bestehende Organisationen sollten vor politischen Querelen geschützt werden.

- Es sollten **auf höchster Ebene** erneut Anstrengungen **zur Beilegung der Krise** in und um die Ukraine und den Konflikt um Berg-Karabach mit dem Ziel unternommen werden, Kampfhandlungen einzustellen und das Leben der notleidenden Zivilbevölkerung zu erleichtern. Derartige Vermittlungsbemühungen alleine können dazu beitragen, das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen den Vermittlern, darunter auch einflussreiche Staaten, wie Frankreich, die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten als Ko-Vorsitzende der Minsk-Gruppe, aber auch in anderen Konstellationen Deutschland und Großbritannien zu stärken.
- Modalitäten zur **Verhinderung und Bewältigung von Zwischenfällen und Störfällen** in der Luft und auf See sollten vereinbart werden.
- Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren, um die **bestehenden VSBM (Vertrauens und sicherheitsbildenden Maßnahmen) in gutem Glauben umzusetzen und das Wiener Dokument zu modernisieren**. 2021 jährt sich dessen letzte Neuauflage zum zehnten Mal – ein Prozess, der alle

fünf Jahre stattfinden sollte.

- Der 2010 unterzeichnete New-START-Vertrag sollte von den USA und Russland erneuert werden.

MITTELFRISTIG: UNTERSCHIEDE ÜBERBRÜCKEN

- Die Staaten sollten in einen freimütigen, offenen und konstruktiven Austausch über Sicherheitsbedrohungen und -herausforderungen eintreten und Themen betreffend gemeinsame Interessen und Anliegen identifizieren. Der bestehende Strukturierte Dialog in der OSZE muss dynamischer gestaltet werden. Dies könnte durch mehr Engagement auf Regierungsebene, aber auch auf parlamentarischer Ebene sowie durch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und von Think-Tanks in einige Sitzungen erreicht werden. Der Prozess braucht auch ein Ziel, statt ergebnisoffen zu sein. Ein solches Ziel könnte die Vorbereitung eines OSZE-Gipfels im Jahr 2025 (dem 50. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki) sein.
- Die Staaten sollten nach Möglichkeiten suchen, gemeinsam Maßnahmen zur Verhütung und Bewältigung der im Prozess des Strukturierten Dialogs ermittelten Bedrohungen und Herausforderungen zu ergreifen, unter anderem durch die Beschluss-

fassungsorgane und Exekutivstrukturen der OSZE (wie Institutionen, Sekretariat und Feldaktivitäten).

- Eine Diskussion über Rüstungskontrolle sollte eingeleitet werden, und zwar mit Schwerpunkt auf spezifische destabilisierende Waffensysteme (dazu gehören nukleare Kurzstreckenwaffen, ballistische Raketen und Marschflugkörper, Hyperschallwaffen), militärische Kapazitäten und stärkere Einschränkungen des konventionellen militärischen Dispositivs. Wie 1972 könnte heute eine ergebnisoffene Diskussion in der OSZE oder zwischen interessierten Staaten sowohl über die Prinzipien und den Umfang eines umfassenden Rüstungskontrollregimes in Europa als auch über spezifische destabilisierende Waffen oder militärische Kapazitäten eingeleitet werden.

LANGFRISTIG: EINE SICHERHEITSGEMEINSCHAFT AUF GRUNDLAGE PRINZIPIENGELEITETER ZUSAMMENARBEIT

- Die Staaten sollten auf ein Gipfeltreffen hinarbeiten, beispielsweise eine internationale Konferenz zu Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, mit dem Ziel, die Aufmerksamkeit der Staats- und Regierungschefs

auf die Notwendigkeit des Friedens zu lenken, einen sinnvollen Dialog zu schaffen, gemeinsame Interessen zu identifizieren, sich gemeinsamen Bedrohungen und Herausforderungen zu stellen, gemeinsame Prinzipien zu bekräftigen und sich gegebenenfalls auf neue Verpflichtungen zu einigen. Das Ergebnis dieses Gipfels sollte ein neues Grundlagendokument für die europäische Sicherheit sein.

- In Anbetracht der Weltlage und der jüngsten Entwicklungen hat Europa in den nächsten fünf bis zehn Jahren eine besondere Verantwortung für die Bewältigung von vier großen Herausforderungen: Klimawandel, COVID-19 und Erholung von der Pandemie, Migration und die nukleare Bedrohung. Diese sollten im Zentrum eines gemeinsamen, einigenden gesamteuropäischen und transatlantischen Friedensprojekts stehen.
- Ziel sollte die Vision einer europäischen Friedensordnung sein, die von demokratischen Institutionen, Grundfreiheiten, ökologischer Nachhaltigkeit und verlässlichen Sicherheitsvereinbarungen geprägt ist, und zwar auf der Grundlage kooperativer Interdependenz statt militärischem Wettbewerb und nuklearer Abschreckung.
- Frieden und Zusammenarbeit sind zu wichtig, um sie (allein) dem Spielfeld der Politik und Diplomatie zu

überlassen. Das paneuropäische Friedensprojekt wird die Beteiligung aller brauchen und die Anliegen und Interessen aller Staaten und deren Bürger und Bürgerinnen ansprechen müssen.

- Es muss auch ein Fokus auf Energiesicherheit, Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement gelegt werden, wobei Europa als gemeinsamer Wirtschafts- und Umweltraum zu betrachten sein wird. Staaten sollten nicht vor die Wahl gestellt werden, ausschließlich zur EU oder zur Eurasischen Wirtschaftsunion Beziehungen zu unterhalten, sondern zu beiden Seiten gute Beziehungen (so in Form von Freihandelsabkommen) entwickeln können. Größere Konnektivität ist sowohl als Gegengewicht zu China als auch zur Zusammenarbeit mit China (Belt-and-Road-Initiative) erforderlich.

Diese Prozesse müssen in irgendeiner Form synchronisiert werden. Ohne den Abbau der aktuellen Spannungen und die Bewältigung der dringlichsten Herausforderungen hat es wenig Sinn, große Pläne für ein zukünftiges europäisches Sicherheitssystem zu entwerfen. Es wird jedoch ohne ein gemeinsames Verständnis auf ein (realistisches) zukünftiges gemeinsames Ziel für einige der Akteure wenig Anreiz zu einem Engagement und einer Investition in die unmittelbaren Schritte

geben. Der Prozess muss inklusiv und partizipativ sein.

Eine Entkoppelung der Krise in der Ukraine von den Spannungen zwischen Russland und dem Westen und vice versa ist nicht realistisch. Daher wäre es sinnvoll, einen verstärkten zweigleisigen Ansatz in dieser Krise zu verfolgen. Der Dialog wird wahrscheinlich keine unmittelbaren Ergebnisse bringen, kann jedoch im Laufe der Zeit die Gesamtdynamik in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen verändern. In der Zwischenzeit sollte man eher in kleinen Schritten vorgehen: mit dem Ziel, die Krise nicht durch eine Patentlösung beizulegen, sondern eine weitere Eskalation zu verhindern und die Belastung für die direkt vom Konflikt betroffenen Menschen zu verringern. Ein solcher Ansatz impliziert eine schrittweise Aufwertung vertrauensbildender Maßnahmen vor Ort, internationale Kooperation im Bereich humanitärer Hilfe und eine bessere Kommunikation zwischen den Parteien. Russland und der Westen können mit ihren jeweiligen Partnern vor Ort zusammenarbeiten, um mehr Flexibilität in diesen Fragen zu erreichen, sollten aber gleichzeitig nie ihr Streben nach einer friedlichen Konfliktbeendigung einstellen.

Abschließend sei daran erinnert, dass die Überwindung von Differenzen, die friedliche Gestaltung von Beziehungen und die Verfolgung eines kooperativen Ansatzes in der Vergangenheit auch in dunklen

Zeiten funktioniert haben. Der Entspannungs- und Dialogprozess in den frühen 1970er Jahren, der den Beginn des Helsinki-Prozesses einläutete, begann nur wenige Jahre nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968. Auch wenn man angesichts der zahlreichen Hürden, die einer kooperativen Sicherheit in Europa heute im Wege stehen, realistisch sein muss, sollte man nicht unbeweglich und in fatalistischer Manier auf eine Änderung der Lage warten. Denn wenn man es verabsäumt, in einen Dialog einzutreten und die Spannungen zu deeskalieren, könnte sich die Situation noch verschlimmern. Ein **Wiederaufbau des europäischen Sicherheitssystems** (wie 1815, 1919 oder 1945) **sollte auch ohne einen Krieg zu bewerkstelligen sein**. Die Regierungen müssen erkennen, dass Kooperation in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn es darum geht, mit den Krisen von heute effektiver umzugehen und sich auf die abzeichnenden Bedrohungen vorzubereiten. Prinzipiengeleitete kooperative Sicherheit ist die beste Option für die Schaffung einer stabileren Welt und eines sichereren Europas.

Hintergrund und Methodik

Die Initiative für kooperative Sicherheit (CSI) entstand Anfang 2019 aus der Besorgnis einer Gruppe politischer Analysten um einen notwendigen kooperativen Sicherheitsansatz und die Unfähigkeit von Staaten, bestehende kooperative Sicherheitsorganisationen wie die OSZE effektiv zur Lösung von Konflikten und zur Zusammenarbeit bei Fragen von gemeinsamem Interesse zu nutzen.

Die CSI wurde von den Prioritäten des slowakischen OSZE-Vorsitzes im Jahr 2019 – Konfliktprävention, eine sichere Zukunft und effektiver Multilateralismus – inspiriert. Sie sollte der OSZE in ihrem Jubiläumsjahr 2020 neue Impulse geben, neue Ideen liefern und festgefahrenen multilateralen Rahmenwerken zum Thema paneuropäischer Sicherheit ein Gefühl der Dringlichkeit verleihen.

Die CSI hat durch die COVID-19-Pandemie zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Diese Krise hat die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit bei der Lösung von grenzüberschreitenden Problemen aufgezeigt. Sie hat aber auch die Schwächen innerhalb der Staaten und des internationalen Systems sichtbar gemacht, die thematisiert werden müssen, um die Krise besser zu bewältigen und die Devise

„build back better“ umzusetzen. Darüber hinaus hat sich im Zeitraum dieser Initiative (2019–2020) die ohnehin schon mangelhafte Sicherheitslage in Europa durch den Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan, die politischen Spannungen in Belarus und eine Organisationskrise innerhalb der OSZE weiter verschärft.

Die Initiative wird vom FES-Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa (mit Sitz in Wien) und GLOBSEC (mit Sitz in Bratislava) geleitet und vom OSZE-Sekretariat logistisch unterstützt. Finanzielle Unterstützung kam aus der Slowakei und von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Fachleute wurden basierend auf ihrer Expertise in Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit ausgewählt, wobei auf eine geographische Ausgewogenheit sowie ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern geachtet wurde.

Die an dieser Initiative beteiligten Fachleute geben nicht vor, alle Antworten auf die europäischen Sicherheitsprobleme zu kennen. Vielmehr wurde beschlossen, der Öffentlichkeit Fragen zu stellen, welche wie folgt formuliert waren: Es wurden Annahmen und Standpunkte in Frage gestellt, auf mögliche Folgen aktueller Entwicklungen hingewiesen und ein Nachdenkprozess über die Wichtigkeit von Zusammenarbeit angestoßen. Die Fachleute erarbeiteten 18 Fragen, wobei eine

19. zum Thema COVID hinzugefügt wurde. Ein Fragebogen wurde an die offiziellen Vertreter aller OSZE-Teilnehmerstaaten verschickt und auf einer eigens dafür eingerichteten Website der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Antworten wurden online über SurveyMonkey® übermittelt (siehe S. 44-49). 301 Personen nahmen an der Umfrage teil, die meisten davon kamen aus Deutschland, der Russischen Föderation, der Ukraine, den Vereinigten Staaten sowie aus Belarus und Serbien. Mit einem Anteil von 63 % aller Teilnehmer waren Männer überrepräsentiert. Die relative Mehrheit der Befragten war zwischen 21 und 40 Jahre alt. Beruflich gesehen, waren die meisten Teilnehmenden Fachleute und Studierende, gefolgt von Beamt*innen, Angestellten aus der Privatwirtschaft und Angehörigen des diplomatischen Diensts. Da die Teilnehmenden ihre Antwort ausformulieren mussten, besteht der Datensatz aus qualitativen Daten. Zusätzlich zu einer Inhaltsanalyse der Antworten auf jede Frage wurde ein System erstellt, um jede Antwort (sofern möglich) zu codieren. Mit Hilfe von MAXQDA® wurden die Antworten aus einer quantifizierbaren Perspektive analysiert. Zusätzlich wurden ausgewählte codierte Fragen mit anderen codierten Fragen sowie soziodemografischen Daten kreuztabelliert, um den Zusammenhang der Antworten auf verschiedene Fragen aufzuzeigen.

Zusätzlich zu dem Fragebogen entwickelte die CSI eine Kampagne, um ein besseres Verständnis von kooperativer Sicherheit und ein stärkeres Bewusstsein für deren Notwendigkeit zu erreichen. Ziel war es, ein Publikum jenseits des diplomatischen Dienstes anzusprechen und eine allgemeine Debatte anzuregen und eine breite Unterstützung in der Zivilgesellschaft, der Jugend, auf parlamentarischer Ebene, in den Medien und der allgemeinen Öffentlichkeit darüber zu gewinnen, warum Kooperation so wichtig für die Sicherheit in Europa ist. Die Kampagne inkludierte zahlreiche Videos und Interviews sowie Posts in Sozialen Medien, die unter <https://www.cooperative-security-initiative.org/> abrufbar sind. Die Kampagne auf Twitter, Facebook und YouTube wurde im April 2020 gestartet und dauerte bis September 2020.

Es fanden vier persönliche Treffen der CSI-Initiatoren und der teilnehmenden Fachleute statt. Nach dem offiziellen Start der CSI in Bratislava im Juni 2019 trafen sich die Expert*innen der Initiative im August und November 2019 in Wien und Bratislava. Einen Monat später wurden die ersten Ergebnisse auf dem OSZE-Ministertreffen in Bratislava vorgestellt. Die Fachleute brachten sich auch mit schriftlichen Beiträgen in den Prozess ein. Im Jahr 2020 wurden mehrere Videokonferenzen abgehalten. Die Ergebnisse dieser Beratungen mündeten in den vor-

liegenden Bericht. Die Fachleute nutzten auch ihre Netzwerke und Veranstaltungen an ihren Instituten, um das Bewusstsein für die CSI und die Bedeutung kooperativer Sicherheit zu schärfen.

Dieser Bericht ist nicht das Ende des Prozesses, sondern stellt vielmehr einen weiteren Beitrag der CSI dar mit dem Ziel, eine Debatte und Maßnahmen zur Förderung von mehr Sicherheit in Europa durch Zusammenarbeit anzuregen.

Answer 1/19

What could trigger new violent conflicts in Europe today?



www.cooperative-security-initiative.org

Answer 2/19

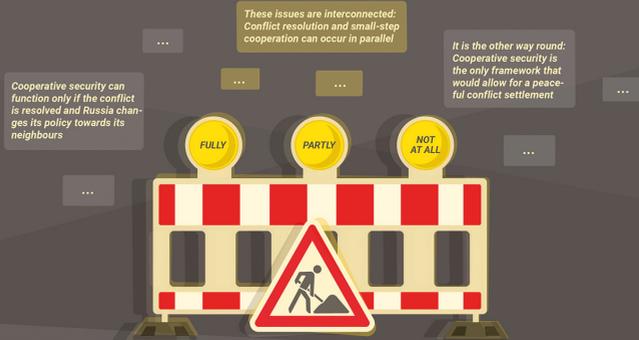
Is there a risk of a nuclear exchange?



www.cooperative-security-initiative.org

Answer 3/19

To what extent is a cooperative security framework in Europe contingent on a resolution of the crisis in and around Ukraine?



www.cooperative-security-initiative.org

19 Fragen & Antworten

Answer 4/19

Can your country protect its sovereignty and security without the help of others?



www.cooperative-security-initiative.org

Answer 5/19

What steps could be taken to de-escalate and de-militarize tensions in Europe in order to prevent possible war?



www.cooperative-security-initiative.org

Answer 6/19

Are new rules and agreements needed to deal with contemporary threats and challenges to security?



www.cooperative-security-initiative.org

Answer 7/19

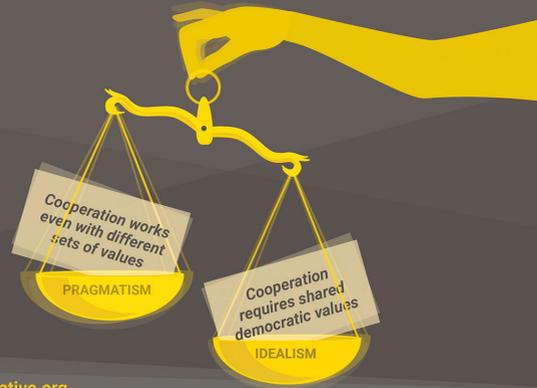
What are the challenges on which states need to work together, because they cannot be addressed on their own?



www.cooperative-security-initiative.org

Answer 8/19

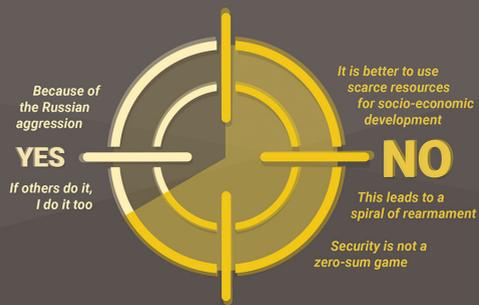
To what extent are shared values, including democracy and the rule of law, essential for cooperation?



www.cooperative-security-initiative.org

Answer 9/19

Should your country strengthen its military potential and pursue national security interests regardless of the reaction of others?



www.cooperative-security-initiative.org

19 Fragen & Antworten

Answer 10/19

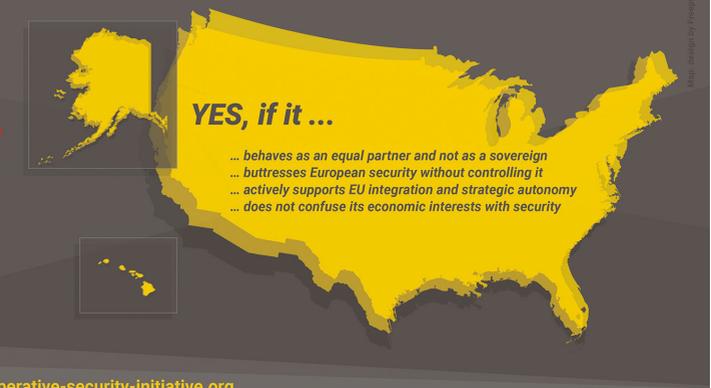
Should Russia be part of the European security system? Why?



www.cooperative-security-initiative.org

Answer 11/19

Should the United States be part of the European security system? Why?



www.cooperative-security-initiative.org

Answer 12/19

How to get along with neighbours (and other states) that you do not trust?



www.cooperative-security-initiative.org

Answer 13/19

How to communicate in ways that improve respect and enhance cooperation?

With respect and equal footing

OPEN-ENDED AND PREPARED FOR SETBACKS

Without emotions, lecturing and moral superiority

Focus on solutions, not problems

Focus on present and future, not the past

Talk when in conflict

Focus on areas of common interests

www.cooperative-security-initiative.org

Answer 14/19

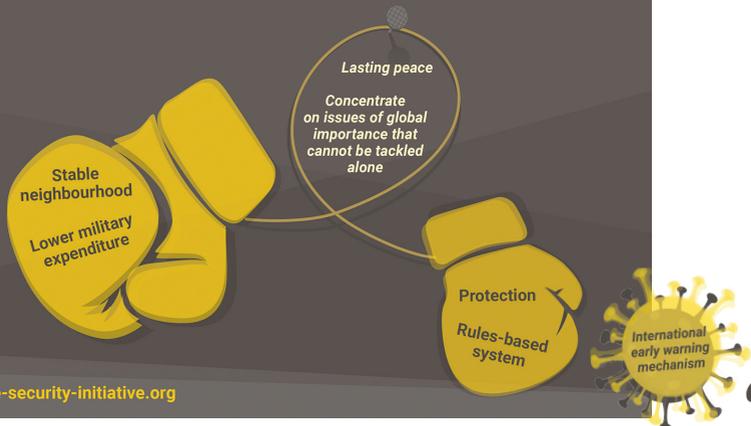
How should our common European space be managed in terms of economic and environmental security?



www.cooperative-security-initiative.org

Answer 15/19

What are the benefits of cooperative security to great powers and smaller states?



www.cooperative-security-initiative.org

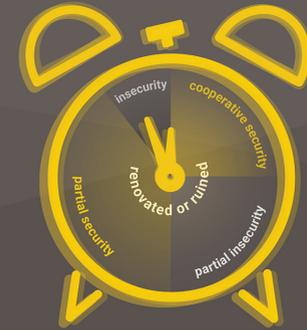
Answer 19/19



19 Fragen & Antworten

Answer 16/19

What is your vision for European security in the next 5 to 10 years?



www.cooperative-security-initiative.org

Answer 17/19

What should your country do to contribute to cooperative security?



www.cooperative-security-initiative.org

Answer 18/19

What can you do to contribute to cooperative security?



www.cooperative-security-initiative.org

What in your opinion are the three most important lessons to be learned from COVID-19 for improving cooperation in Europe and beyond?

Herausgeber

Walter Kemp ist Senior Fellow bei der Global Initiative against Transnational Organized Crime. 2018 und 2019 gründete und leitete er die Strategic Policy Support Unit im OSZE-Sekretariat. Er verfügt über langjährige Erfahrung in der OSZE, unter anderem als Senior Adviser des OSZE-Vorsitzes, des Generalsekretärs und des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten und unterstützte sowohl 2005 als auch 2014/15 das Panel of Eminent Persons der OSZE.

Reinhard Krumm ist der Gründer und Leiter des FES-Regionalbüros für Zusammenarbeit und Frieden in Europa in Wien. Er begann seine journalistische Laufbahn in den 1990er Jahren als dpa-Korrespondent im Baltikum und Moskau-Korrespondent des Magazins DER SPIEGEL. Seit 2002 ist er bei der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig, zunächst als Leiter der Büros in Taschkent und Moskau, später als Leiter des Referats Mittel- und Osteuropa in Berlin.

Mitwirkende

Günther Bächler war Botschafter der Schweiz in Georgien. Im Jahr 2016 wurde er zum Sonderbeauftragten des amtierenden deutschen Vorsitzes der OSZE für den Südkaukasus ernannt. In den Jahren

2017 und 2018 war er in gleicher Funktion für den österreichischen und den italienischen OSZE-Vorsitz tätig. Seit seinem Ausscheiden aus dem Auswärtigen Dienst ist er als Berater und Senior Mediator für das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten tätig.

Alexandra Dienes ist Senior Researcher bei FES ROCPE. Sie ist spezialisiert auf politische Ökonomie sowie die Außenpolitik Russlands und des postsowjetischen Raums. Zuvor lehrte sie internationale Beziehungen und politische Ökonomie an der Universität Amsterdam, wo sie als Affiliated Research Fellow am Institut für Politikwissenschaft tätig ist. Sie arbeitete für das Europäische Parlament in Brüssel und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Olivier de France ist Forschungsdirektor am French Institute for International and Strategic Affairs (IRIS) in Paris, wo er das Programm für europäische Angelegenheiten leitet. Er unterrichtet politische Theorie an der Universität Paris VII und europäische Geopolitik an der Universität Sorbonne in Paris.

Thomas Greminger war Generalsekretär der OSZE (2017 bis 2020). Botschafter Greminger hatte im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) zahlreiche leitende Positionen inne. Von 2010 bis 2015 war er Ständiger

Vertreter der Schweiz bei der OSZE und führte 2014, als die Schweiz den OSZE-Vorsitz innehatte, den Vorsitz im Ständigen Rat.

Anna Gussarova ist Direktorin des Central Asia Institute for Strategic Studies (CAISS), wo sie die Forschungs- und Öffentlichkeitsarbeit leitet. Sie ist eine führende Expertin für transnationale und Cybersicherheit, gewalttätigen Extremismus und Deradikalisierung.

Hiski Haukkala ist derzeit Professor für Internationale Beziehungen an der Fakultät für Management and Business an der Universität Tampere, Finnland, und ein Non-resident Policy Expert am Center for the Governance of AI am Future of Humanity Institute der Universität Oxford. Zuvor war er als außenpolitischer Berater tätig.

Andrey Kortunov ist Generaldirektor des Russian International Affairs Council (RIAC), einer auf Anordnung des Präsidenten der Russischen Föderation gegründeten gemeinnützigen Partnerschaft. Zuvor war er stellvertretender Direktor des Institute for US and Canadian Studies. Er ist der Gründer und erste Präsident der Moskauer Stiftung für öffentliche Wissenschaft.

Łukasz Kulesa ist stellvertretender Forschungsleiter am Polish Institute of

International Affairs (PISM). Seine Forschungsgebiete umfassen nukleare und konventionelle Abschreckung und Rüstungskontrolle, NATO und russische Sicherheitspolitik. Zuvor war er als Forschungsdirektor beim European Leadership Network (London) tätig.

Alexandra Martin leitet das Brüsseler Büro von GLOBSEC. Im Mai 2018 wurde sie Strategic Forum Director bei GLOBSEC, wo sie federführend an der Organisation wichtiger politischer Treffen beteiligt ist. Zuvor war sie als Political Officer für die OSZE-Mission in Skopje tätig, von 2015 bis 2017 beim German Marshall Fund Washington Office und von 2012 bis 2014 als Operations Officer bei der EU-Beobachtungsmission in Georgien.

Zachary Paikin ist Researcher für EU-Außenpolitik am CEPS in Brüssel, Non-resident Research Fellow am Institute for Peace and Diplomacy in Toronto und Senior Visiting Fellow am Global Policy Institute in London. Er ist außerdem Mitglied des Expertenrats des Minsk Dialogue und Mitarbeiter des Network for Strategic Analysis, das vom kanadischen Verteidigungsministerium finanziert wird.

Yauheni Preiherman ist Gründer und Direktor des Minsk Dialogue Council on International Relations. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Außenpolitik kleiner Staaten, internationale

Angelegenheiten in Osteuropa sowie die euro-atlantische und eurasische Sicherheit. Yauheni Preiherman schreibt regelmäßig für den Eurasia Daily Monitor der Jamestown Foundation (USA), den Valdai Discussion Club (Russland), Global Brief (Kanada) und andere belarussische und internationale Publikationen.

Sonja Stojanović Gajic ist Direktorin des Belgrader Zentrums für Sicherheitspolitik, einem unabhängigen Think-Tank für Sicherheitsstudien auf dem Westbalkan. Sie hat eine Methodik zur Messung der Reform des Sicherheitssektors in einer Übergangsgesellschaft aus der Perspektive der Zivilgesellschaft entwickelt und ist leitende Methodikerin für die regionale Gemeinschaftsforschung über den Fortschritt der Reform des Sicherheitssektors in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien.

Fred Tanner war bis 2020 Senior Adviser des Direktors des Konfliktpräventionszentrums / OSZE in Wien. 2013 bis 2016 war er Senior Adviser des OSZE-Generalsekretärs und OSZE-Projektleiter des Panel of Eminent Persons for European Security as a Common Project. Er war Mitglied des Beirats des UN-Generalsekretärs für Abrüstungsfragen und zuvor Direktor des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik (GCSP).

Nathalie Tocci ist Direktorin des Istituto Affari Internazionali und Honorarprofessorin an der Universität Tübingen. Sie ist Sonderberaterin des Hohen Vertreters der EU und Vizepräsidentin der Kommission (HR/VP) Josep Borrell. Als Sonderberaterin der HR/VP Federica Mogherini verfasste sie die EU-Globalstrategie und arbeitete an deren Umsetzung. Seit Mai 2020 ist sie Mitglied des Board of Directors von Eni.

Tony van der Togt ist Associate Senior Research Fellow am Clingendael Institute in den Niederlanden und hat eine Reihe von Arbeiten zu den Beziehungen zwischen der EU/NATO und Russland, Wider Europe und Greater Eurasia veröffentlicht. Als ehemaliger Diplomat, der in und über Osteuropa und Zentralasien gearbeitet hat, ist er nun auch als Strategic Policy Adviser in der Europaabteilung des niederländischen Außenministeriums tätig.

Simon Weiß ist Senior Research Fellow bei FES ROCPE. Seine Schwerpunkte sind sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen in Osteuropa sowie Herausforderungen der Rüstungskontrolle in Europa. Von 2011 bis 2015 lehrte er internationale Beziehungen und russische Außenpolitik und war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.

Julie Wilhelmsen ist Senior Research Fellow am Norwegian Institute of International Affairs und ehemalige Leiterin des Russlandprogramms am Norwegian Defense Research Establishment. Wilhelmsen war Redakteurin der Zeitschrift International Politik. Zuvor war sie Mitglied der Expertengruppe der norwegischen Regierung für die Verteidigung Norwegens.

Besonderer Dank

Viele Kollegen und Kolleginnen sowie Institutionen waren an dem spannenden Prozess der Vorbereitung und Realisierung dieses Berichts beteiligt. Wir möchten Sebastian Starystach vom Max-Weber-Institut für Soziologie/Universität Heidelberg für seine Unterstützung bei der Auswertung der Zahlen aus der Umfrage danken. Das Sekretariat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat die Initiative stets fachlich unterstützt und institutionell gefördert, allen voran Luca Fratini, Direktor des OSZE-Sekretariats, Anton Vushkarnik von der strategischen Beratungsgruppe des OSZE-Sekretariats und Diana Alpysbayeva sowie Miroslav Lajčák, Amtierender OSZE-Vorsitzender während

des slowakischen Vorsitzes. Unser Dank gilt Botschafter Rastislav Káčer, dem ehemaligen Vorsitzenden unseres Partners GLOBSEC, sowie Roger Hilton, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei GLOBSEC. Diese Publikation wäre nicht möglich gewesen ohne die großartige Übersetzung und das Lektorat von Claudia Fischer-Ballia, die unermüdliche Arbeit von Holger Michel und seinen Kollegen und Kolleginnen von der Agentur Laut und Deutlich, die großartige Arbeit des Infografik-Designers Florian Müller und unseren exzellenten Illustrator Daniel Seex. Last but not least ein herzliches Dankeschön an unsere Kollegin Julia Zöllner, die wie immer für einen reibungslosen Ablauf gesorgt hat.

Die Initiative für kooperative Sicherheit (CSI) entstand Anfang 2019 aus der Besorgnis einer Gruppe politischer Analysten um einen notwendigen kooperativeren Sicherheitsansatz und die Unfähigkeit von Staaten, bestehende kooperative Sicherheitsorganisationen wie die OSZE effektiv zur Lösung von Konflikten und zur Zusammenarbeit bei Fragen von gemeinsamem Interesse zu nutzen.

Die Initiative wurde vom FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa (mit Sitz in Wien) und GLOBSEC (mit Sitz in Bratislava) geleitet und vom OSZE-Sekretariat logistisch unterstützt. Finanzielle Unterstützung kam aus der Slowakei und von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die teilnehmenden Fachleute wurden basierend auf ihrer Expertise in Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit ausgewählt, wobei auf eine geographische Ausgewogenheit sowie ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern geachtet wurde.

Diese Publikation ist Teil der Initiative für kooperative Sicherheit.

<https://www.cooperative-security-initiative.org/>



@FES_ROCPE